

# Die Regierung ist nicht mehr blau

Mit Kickl wurde erstmals ein Minister entlassen.  
Die Minderheitsregierung von Kurz steht auf wackeligen Beinen.

**WIEN** Was sich seit Freitag auf dem politischen Parkett in Wien abspielt, ist eine Kettenreaktion in völlig neuer Dimension: vom Bekanntwerden des „Ibiza-Videos“, das den Vizekanzler Heinz-Christian Strache zum Rücktritt zwang, über die Ausrufung einer Neuwahl hin zum absoluten Bruch der einst so harmonischen Koalition zwischen Volkspartei und Freiheitlichen.

Am Montag hat die Regierung endgültig ihre blaue Farbe verloren. Nachdem Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) Bundespräsident Alexander Van der Bellen vorgeschlagen hatte, Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) zu entlassen, legte das gesamte freiheitliche Regierungsteam seine Ämter zurück. Diese vakanten Stellen möchte der Kanzler nun mit Experten oder Spitzenbeamten besetzen.

Für Österreich ist all das eine Premiere. Zum einen hat ein Bundespräsident noch nie ein Regierungsmitglied entlassen. Zum anderen sind noch nie so viele Regierungsmitglieder gleichzeitig zurückgetreten. Dazu wurde Österreich noch nie von einer Regierung ohne gesicherter Mehrheit im Nationalrat gerettet.

Ist die Krise aber vorerst gebannt? Der Vorarlberger Politologe Markus



Hofer: FPÖ berät noch, ob sie einem Misstrauensantrag zustimmt. RTS



Bundespräsident Van der Bellen sprach mit SPÖ-Chefin Rendi-Wagner. APA

Rhomberg glaubt das nicht: „Was wir erlebt haben, war vielleicht der zweite oder dritte Akt. Es werden sicher noch mehrere folgen.“

Der nächste Akt steht bereits an. So hat die Liste Jetzt angekündigt, bei der anstehenden Sondersitzung einen Misstrauensantrag gegen den Bundeskanzler einzubringen. SPÖ-Parteichefin Pamela Rendi-Wagner scheint sich vorstellen zu können, ein solches Vorhaben zu unterstützen. Zumindest sprach sie sich am Montagabend dafür aus, dass auch Kanzler und ÖVP-Minister einer Expertenregierung weichen müssten. Die FPÖ hält es ebenso für möglich, einem Misstrauensantrag gegen Kurz zuzustimmen. Allerdings wollen die Freiheitliche noch darüber beraten. Käme im Nationalrat eine Mehrheit gegen Kurz zustande – dafür bräuchte es die Stimmen von SPÖ und FPÖ –, so müsste der Bundespräsident jemand anderen mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragen, wie Werner Zögernitz vom Institut für Parlamentarismus auf VN-Anfrage erklärt. Auch das wäre eine historische Angelegenheit. In der Geschichte der Zweiten Republik ist nämlich noch nie ein Misstrauensantrag durchgegangen. Wann die Sondersitzung stattfindet, ist



Bundeskanzler Sebastian Kurz erklärte am Montagabend, dem Bundespräsidenten die Entlassung

derzeit noch offen, spätestens kommende Woche soll sie aber abgehalten werden.

Die neue Bundesregierung – ob mit Kurz oder ohne – muss in allen Fällen vom Nationalrat bestätigt werden. „Daher ist die Zusammenstellung nicht ganz leicht“, sagt Rhomberg. Schließlich könnte eine Mehrheit der Abgeordneten den Ministern immer wieder das Vertrauen entziehen. Daher glaubt der Politologe eher nicht, dass die künftige Regierung eigene Gesetzesvor-

lagen durchbringen wird: „Sie wird sich vor allem um die Verwaltung des Bestehenden kümmern.“

Die Abgeordneten könnten sich im freien Spiel der Kräfte hingegen Mehrheiten für ihre Vorhaben suchen und diese mittels Initiativantrag in Umsetzung bringen. Völlig offen ist, was mit jenen Vorhaben von ÖVP und FPÖ geschieht, die sie noch gemeinsam in Begutachtung geschickt haben. Dazu zählen unter anderem die Neuberechnung der Normverbrauchsabgabe,

## Geheime Parteifinanzen und Vereinskonstruktionen

Ex-Rechnungshofpräsident Fiedler ortet lückenhafte Gesetze.

**WIEN** Nein, es wundert ihn nicht, dass es in dem Video, das Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im Gespräch mit einer vermeintlichen Oligarchin zeigt, auch um Parteispenden gehe, sagt Ex-Rechnungshofpräsident Franz Fiedler. Der 75-jährige bemüht sich schon lange um Transparenz – allerdings ohne Erfolg. Jetzt ist er gespannt, ob angekündigte Konsequenzen gezogen werden. Zuversichtlich wirkt er nicht.

Fiedlers Schilderungen zufolge sind Parteikassen alles andere als transparent. Einen Einblick kann man sich zwar verschaffen, dieser bleibt aber eingeschränkt. So erhält der Rechnungshof von den Parteien einen Rechenschaftsbericht,

kann jedoch nur die angegebenen Werte zusammenzählen, um zu schauen, ob die Summen passen. Hat er einen Verdacht, kann er Wirtschaftsprüfer beauftragen, der Sache nachzugehen. Selbst darf er die Parteifinanzen nicht überprüfen. „Das ist völlig unsinnig“, sagt Fiedler. „Das ist so, als würde man die Polizei nach einem Verbrechen nicht zum Tatort lassen, sondern ihr nur erlauben, einen Privatdetektiv zu rufen.“

Gesetzeslücken ortet Fiedler auch bei Vereinen, die für Parteien tätig sind. Womit wir beim Strache-Video wären: Prominente, die dies durchwegs dementieren, sollen laut Strache bis zu zwei Millionen Euro an einen Verein gespendet haben, damit der Rechnungshof und damit die breitere Öffentlichkeit nichts davon erfährt. Hier sieht Fiedler Handlungsbedarf: „Wahlwerbung, die über Vereine oder Personenkomitees läuft, muss nicht der Wahl-



Nach dem Ibiza-Video ist eine Debatte über die Parteikassen ausgebrochen.

kampfkostenbegrenzung zugerechnet werden.“ Im Falle der FPÖ hat nun ein Mann, der nicht namentlich erwähnt werden möchte, erklärt, einem Verein auf Wunsch von Strache und Herbert Kickl eine Spende

überwiesen zu haben. Laut APA bestätigte der Verein zwar, seit 2015 382.000 Euro eingenommen zu haben. Ein Weiterleiten an die FPÖ sei aber nie geplant gewesen.

Vereinskonstruktionen gibt es auch bei anderen Parteien: Ex-SPÖ-Chef Christian Kern hatte 2017 ein Personenkomitee eingerichtet. Nach Mutmaßungen kündigte das Komitee an, keine Spenden anzunehmen. In der ÖVP wird die Internetseite von Kanzleramtsminister Gernot Blümel von einem „Verein zur Förderung bürgerlicher Politik“ betrieben. Laut ÖVP Wien, deren Obmann er ist, wird der Verein aber „zu 100 Prozent“ von ihr finanziert. Auch EU-Wahl-Kandidat Lukas Mandl (ÖVP) wird von einem Verein unterstützt. Zu Spenden machte dieser am Montag keine Angaben: Alle Aufwendungen würden gemäß Parteiengesetz und auch dem EU-Parlament gemeldet, heißt es aber in einer Stellungnahme.

## Silberstein: „Habe nichts damit zu tun“

**WIEN** Der von Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP), aber auch von der FPÖ als möglicher Urheber ins Spiel gebrachte Politikberater Tal Silberstein bestreitet jede Beteiligung an der Herstellung des Ibiza-Videos. „Ich lehne diese falschen und grundlosen Anschuldigungen gegen mich ab. Ich habe nichts mit dem Ibiza-Skandal zu tun“, teilte er dem Magazin „Datum“ mit. „Der Versuch, mich damit in Verbindung zu bringen, hat den Zweck, die Öffentlichkeit vom eigentlichen Skandal abzulenken“, meinte er.

### IMPRESSUM

**TEXTE/UMFRAGE** Birgit Entner-Gerhold, Heidi Rinke-Jarosch, Tony Walser, Johannes Huber, Joachim Schwald, Gernot Schweiggkoffler, Fiorella De Pieri, Hanna Reiner, Christa Dietrich, Klaus Hämmerle, Christian Adam, Tanja Güfel, Andreas Scalet  
**FOTOS** VN-Archiv, Klaus Hartinger, APA, Reuters, DPA  
**GESTALTUNG** Felix Holzer



**Vorarlberger aus Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und Sport über die aktuelle Lage in der Politik...**

Bei solchen Ereignissen wie der Ibiza-Affäre fragt man sich schon: Wo bitte bleibt die politische Moral, wo das Bewusstsein, ein Amt im Dienste des Bürgers zu bekleiden? Ich will das aber nicht auf alle Politiker umgemünzt wissen. Es gibt viele anständige und gute Volkswirter. Ich würde mir für die Politik in Österreich künftig aber wieder mehr Respekt der Politiker untereinander wünschen, genauso wie eine stärkere Verpflichtung gegenüber dem Allgemeinwohl und nicht gegenüber der Partei. **Andreas Kappauer**, Pädagogischer Leiter Bildungsdirektion



Es macht mich sprachlos. Es ist bekannt: Geht es um Geld und Macht, lernt man die wahren Charaktere kennen. Selbstherrlichkeit gewisser parteipolitischen Kreise wäre aber unangebracht. Was die Bundes- und Landespolitik betrifft, habe ich keine große Hoffnung auf Veränderung. Es ist nicht „in“, dass ethische Demokratiepakt und Klima- und Artenschutz mehr Stellenwert bekommen. Das aber ist zukunftsentscheidend. Meine Hoffnung sind die aufmüpfigen Jungen Menschen, die weltweit Taten in Richtung ihrer lebenswerten Zukunft einfordern. **Hildegard Breiner**, Obfrau Naturschutzbund Vorarlberg



Es ist zum Fremdschämen. Das offensive sowie unehrliche und herrschsüchtige Grundverhalten dieser Parteibonzen entpuppt sich als Kollateralschaden auch für jene ohnehin wenigen authentischen Politikertypen, die sich ehrlich und glaubwürdig fürs Volk einsetzen. Mir fehlen Politikertypen, die Verantwortung und ein Mindestmaß an Bildung und Haltung einbringen. Wenn diese nicht mehr auffindbar sind, wäre eine gesetzliche und persönliche Haftungsebene zwecks Übernahme von Verantwortung für derlei Herrschaften zukünftig zu überlegen. **Harald Gfader**, Künstler



Kurz hat den Steigbügelhalter für diese rechtsextremen Selbstbediener gemacht, und die ÖVP spielt noch immer den Biedermann. Wie kann man nur die ganze Exekutive in jene Hände legen? Das wird uns noch lange verfolgen. Zugel hat Kurz keine in die Hand genommen, darum muss er zur Verantwortung gezogen werden. Er muss gehen. Was wir aber für die Zukunft brauchen, sind Menschen, die diese parteipolitische Demenz durchbrechen. Menschen, die bereit sind, miteinander an Lösungen zu arbeiten und miteinander zu denken und dadurch das höchste Gut ihre eigene Ehrlichkeit einbringen. **Gabriele Bösch**, Schriftstellerin

